FREITAG, 31. MAI 2019 KUNDENSERVICE 0 8 0 0 / 9 3 5 8 5 3 7 ** D 2.70 EURO B | Nr. 125

Zippert zappt

as Ergebnis der Europawahl wurde ex zellent aufgearbeitet. Sehr häufig hörte man die be-stechende Analyse: Der Klima schutz hat die Wahl entschie-den, denn 20 Prozent haben Grün gewählt. Das zeigt, wie sehr sich die Menschen in Deutschland für den Klima-schutz interessieren. Nur etwas mehr als dreimal so viele, nämlich 66 Prozent, wählten mit CDU, SPD, AfD, Linke und FDF Parteien, die sich nicht so sehr für den Klimaschutz starkma-chen. Ähnlich verhält es sich mit dem legendären Video des YouTubers Rezo, das einen unglaublichen Einfluss auf die Stimmabgabe hatte. Als der Clip am 18. Mai veröffentlicht wurde, stand die Union in Um fragen noch bei 28 Prozent. Bis zur Europawahl hatten fast zehn Millionen Menschen das Video angeklickt und einige davon sogar bis zum Ende an-gesehen. Dann verbündeten gesehen. Dahn Verbunderen sich noch über 70 You'Tuber (das entspricht in der analogen Welt über 100 Lungenärzten!) gegen die CDU. Ergebnis: Die Union landete bei erbärmlicher 28,9 Prozent und will jetzt unbedingt von Rezo erfahren, woher diese Stimmen kommer



die Polizei den Reporter und Kameramann Mahwund Kameramann Man-moud Abdel Nabi in Ägypten-doch bis heute gibt es kein Urteil gegen den Mitarbeiter der regierungskritischen News-Website "Rassd". Verhaftet wurde Abdel Nabi in Alexan dria. Er hatte eine Auseinander dria. Er hatte eine Auseinand setzung vor der Sidi-Bishr-Moschee zwischen den An-hängern des abgesetzten Prä-sidenten Mohammed Mursi und Unterstützern des damali gen Verteidigungsministers Abdel Fattah al-Sisi fotogra-fiert. Die Polizisten konfiszierten sofort seine Kamera die Anklage lautete "Waffenbesitz und Randalieren"

Offiziell begann der Prozess gegen ihn Ende 2016. Mitt-lerweile sitzt Abdel Nabi im Gefängnis Borg al-Arab vor den Gefängnis Borg al-Arab vor den Toren Alexandrias. Seine Kolle-gen von "Rassd" berichteten im Juni 2015, Abdel Nabi sei im Gefängnis geschlagen worden. Sein Vater berichtete, Abdel Nebi sei kei geinem Bewah zuw. Nabi sei bei seinem Besuch nur halb bei Bewusstsein gewesen. Laut Auskunft eines ehemali-gen Zellengenossen konnte sich Abdel Nabi zumindest von den Verletzungen wieder erholen. Sein Prozess dauert immer noch an, da die Anhörungen ständig vertagt werden. Auf der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen belegt Ägypten Platz 163 von 180 Ländern.

DAX

Im Plus







Fünf Frauen und ein Männerleben

Der deutsche Fotograf Peter Lindbergh hat sie erst zu dem gemacht, was sie Ende der Achtzigerjahre wurden: Supermodels (v. L. Naomi Campbell, Linda Evangelista, Tatjana Patitz, Dell, Linda Evangeitsta, Tatjana Patitz, Christy Turlington und Gindy Craw-ford auf einem 1989 in New York ent-standenen Foto für die englische "Vogue"). Er hat die "Mädchen" nicht nur für ihre Schönheit bewundert, sondern besonders für ihre Cleversondern besonders tur inre Clever-ness. Die kann man allen Models vor der Kamera nur wünschen, denn auch die Männerweit der Modefotografen hatte ihre Belästigungsskandale. Im Interview erzählt Peter Lindbergh, wie Interview erzanit Feter Lindoergin, wie er das Vertrauen der Frauen gewinnt und warum er mit "McToo" überhaupt nichts zu tun hat. Die Umkleideräume verlassen zu müssen, wenn die Models sich umziehen, hält der 74-Jährige trotzdem für einen Witz.

Seite 21

Regierungsbildung gescheitert: Israel steht vor Neuwahlen

Erstmals seit Staatsgründung löst sich eine gerade gewählte Knesset nach nur einem Monat wieder auf. Für Ministerpräsident Netanjahu könnte es das Ende der Karriere bedeuten

Vereidigung hat sich das Parlament in Israel wieder aufgelöst. Die Abgeordne-ten stimmten für eine Neu-wahl am 17. September. Dem rechtskon-servativen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu war es zuvor nicht gelun gen, innerhalb einer sechswöchigen Frist eine tragfähige Koalition zu schmieden.

Am Ende war es nicht die Opposition, Am Ende war es nicht die Opposition, die Netanjahu zu Fall brachte, sondern ein enger Verbündeter: Ex-Verteidi-gungsminister Avigdor Lieberman, einst Netanjahus Stabschef, verweigerte die Gefolgschaft und blieb Netanjahus neuer Geroigschaft und nieb Netanjanus neuer Koalition fern. Zentraler Streitpunkt war ein Gesetz, das ultraorthodoxe Juden schrittweise zum Wehrdienst zwingen soll. Seit der Staatsgründung sind Ultra-orthodoxe freigestellt. Lieberman pochte nun darauf, dass ein bereits in erster Lesung verabschiedetes Gesetz unverändert erlassen wird. Die Parteien der Ultraorthodoxen waren dazu nicht bereit So verstrich die Frist, die Netanjahu zur Verfügung stand, um eine Koalition zu bilden. Um zu verhindern, dass ein ande-rer Politiker vom Präsidenten mit der Re-

Palästinenser mit wenig Hoffnung auf US-Plan

Nach der überraschenden Auflösung des israelischen Parla-ments rechnen die Palästinenser mit einem weiteren Aufschub der Veröffentlichung des US-Frie-

densplans für die Region. Saeb Erekat, Generalsekretär der Paläs tinensischen Befreiungsorganisati-on (PLO), erklärte am Donnerstag, es handele sich nun offenbar um den "Deal des nächsten Jahr-

erungsbildung beauftragt wird, setzte Netanjahu Neuwahlen durch.

Die dürften eine harte Schlacht wer den. Netanjahu griff noch in der Nacht Lieberman an und beschuldigte ihn, Isra-el zweimal zu unnötigen Wahlen getrie-ben zu haben. Der Konter kam nur wenige Stunden später: "Wir wollen einen jü-dischen Staat, aber keinen Gottesstaat", sagte Lieberman, der sich als säkulare Al-ternative im rechten Lager profilierte. Die Ultraorthodoxen müssen nun eine Wahlniederlage Netanjahus und ihrer Parteien fürchten. Der Generalstaatsan-malt könner in dan kommenden Monotan

walt könnte in den kommenden Monaten wat kommet Mehr kommeter Mohale in drei Fällen gegen den Premier Anklage wegen Vertrauensmissbrauchs und Kor-ruption erheben – bevor der sich selbst durch Gesetzesreformen Immunität sichern kann. Damit wachsen die Chancen chern kann. Damit wachsen die c.Anacen von Netanjahus Widersacher, dem Ex-Generalstabschef und heutigen Oppositi-onsführer Benny Gantz, eine Koalition ohne Ultraorthodoxe zu bilden. Während der Ausgang der Wählen un-gewiss ist, scheint eines festzustehen:

Netanjahus überraschendes Scheitern untergräbt die Pläne der USA, einen neuen Nahost-Friedensplan auf den Weg zu en Nahost-Friedensplan auf den Weg zu bringen. Die US-Regierung hatte die Wahlen in Israel abgewartet, um ihn da-nach der Welt vorzustellen. Phase eins, die Investitionen in die Palästinenserge-biete vorsieht, sollte Ende Juni auf einer bete volsteit, some Enter Jim au einer Konferenz in Bahrain präsentiert wer-den. All das könnte nun wieder aufge-schoben werden – bis lang nach den Wah-len im September. Netanjahu bemühte sich am Donners-Netanjahu bemühte sich am Donners-

tag um demonstrative Gelassenheit. Er bezeichnete bei einem Treffen mit Jared Kushner, Schwiegersohn und Nahost-Be-rater von US-Präsident Donald Trump, die Auflösung des Parlaments und die Entscheidung für eine Neuwahl als "klei-Entschedung für eine Neuwahi as "klei-nen Vorfall gestern Abend, der uns nicht aufhalten wird". Trump sagte in Wa-shington, Netanjahu sei "ein großartiger Kerl". Es eis chade, was in Israel passiert sei. Ihm tue das leid. "Sie können das nicht gebrauchen, sie haben genug Auf-ruht dort " ruhr dort.

Bewerbungen und

KOMMENTAR

Pressefreiheit in Gefahr

m Rundesinnenministerium wird an der Pressefreiheit gerüttelt, und da-mit an einem Pfeiler der Demokratie. Es gibt in jedem Beruf jene Mo-mente, in denen sich die Sinnhaftigkeit und Verantwortung dessen, was man tut, besonders offenbaren. Im Journa-lismus ist es der Moment, in dem eine Quelle – also ein Mensch, der Journalisten aus guten Gründen ein Geheimnis verrät – nach ihrem wichtigsten Schutz fragt: "Es erfährt niemand, wer das verraten hat?" Bislang war die Ant-wort der Journalisten klar: "Nein, es erwort der Journalisten klar: "Nein, es erfahrt niemand." Für diese Sicherheit sorgt eine Liste in Paragraf 53 Absatz 1 Straffrozessordnung: "Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt", heißt es da in Bezug auf die frage, wer vor Gericht als Zeuge aussagen muss. Es folgen Priester, Strafverteidiger, Rechtsanwälte, Bundestagsabeordnete, Journalisten – die Berufsgeheimnisträger.
Diese Liste wird in anderen Gesetzen zitiert, in denen es um den Schutz

zen zitiert, in denen es um den Schutz von Informationen, Daten, Quellen geht. Auch in einem, das derzeit im Bundesinnenministerium erarbeitet wird. Es heißt "Bundesverfassungs-schutzgesetz" und legt unter anderem fest, wen der Staat digital ausspionie-ren dar Diritales Aussnieren ist rest, wen der Staat digital ausspionieren ist heute mindestens ebenso, wenn nicht noch dramatischer als eine echte Durchsuchung. Denn erstens erfährt der Ausgespähte nichts von der digitader Ausgespähte nichts von der digitalen Überwachung und zweitens liegen
fast alle Informationen in digitaler
Form vor. In dem Gesetzentwurf ist die
Liste der Ausnahmefälle nun eingeschränkt, Journalisten sind explizit
nicht genannt. Wird der Text verabschiedet, heißt das, dass Redaktionen
und Redakteure digital durchsucht
werden dürfen, die Handys und Computer von Journalisten dürfen geknackt werden. Zwar gibt es weiterhin
Hürden, diese sind aber längst nicht
mehr so hoch: Ein Richter wird dann Hurden, diese sind aber langst nicht mehr so hoch: Ein Richter wird dann nicht mehr benötigt, eine konkrete Straftat muss ebenfalls nicht vorliegen. Der Staat rüttelt damit an den Rech-ten derjenigen, die ihn überwachen sol-

len. Vor allem aber nimmt er denjeni-gen, die unter größten Ängsten und mit großem Mut gegen Missstände vorge-hen, den Schutz. Welcher Behörden-mitarbeiter steckt noch einem Journa-liemen bei beseinen Delt Auftralisten, wie in seiner Behörde Geld ver schwendet wird, wenn sein Name he rauskommen kann? Welcher Ex-Links-radikale berichtet noch über Struktu-ren in seiner alten Szene, wenn seine Identität durchsickern kann? Welcher Angestellte traut sich dann noch, über kriminelle Machenschaften seines Ar-beitgebers zu berichten? Vielleicht gar keine. Diese Aussicht gefällt offenbar dem deutschen Innenminister. Für die Gesellschaft ist sie verheerend

Grundrente ist noch teurer

Mehrkosten laut Experten schon im ersten Jahr bei sieben Milliarden Euro

Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, eines der derzeit in der großen Koalition umstrit-tensten Projekte, kostet fast doppelt so viel, wie von Bundesarbeitsminister Hu-bertus Heil (SPD) veranschlagt wird. Das geht aus Berechnungen des Finanzwis-senschaftlers Bernd Raffelhüschen im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft vor, die WELT vorliegen. Demnach belaufen sich die Mehrkosten durch die Grundren-tel aut Raffelhüschen schon im Jahr der Einstitung von unt zu die Millie Einführung 2021 auf rund sieben Milliar den Euro. Heil gibt die zusätzlichen Aus-gaben fürs erste Jahr dagegen mit 3,8 Mil-liarden Euro an. Er hatte kürzlich mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD)

einen Referentenentwurf vorgelegt, der einen Keterentenentwurf vorgelegt, der über die im Koalitionsvertrag vorgesehe-ne Regelung hinausgeht. Die SPD will al-len Beziehern von niedrigen Renten, die mindestens 35 Beitragsjahre vorweisen können, eine Aufstockung von bis zu 448 Euro im Monat gewähren. Zeiten der Kin-derszeisbung das Pflags werden abspace dererziehung oder Pflege werden ebenso mitgezählt wie Teilzeit. Eine Bedürftig-

mitgezanit wie Feinzelt. Eine Bedurftig-keitsprüfung lehnt die SPD ab. Raffelhüschens Berechnungen zeigen, dass für Heils Vorhaben dauerhaft große Summen an Steuer- und Beitragsmitteln nötig wären. Er sprach von einer "unver-antwortlichen Irreführung der Steuer-und Beitragszahler". Nach den Plänen von Heil und Scholz soll die neue Renten-

leistung zum Teil aus Steuermitteln fi-nanziert werden und zum Teil aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenkassen. Für den Steueranteil setzt die SPD dabei auf Ein-nahmen aus der Finanztransaktionssteu-er, die es allerdings noch gar nicht gibt er, ute es anertungs noch gar micht got und deren Aufkommen bislang zudem für die Europäische Union vorgeschen war. Nun erwägt Scholz eine Einführung die-ser Steuer im nationalen Alleingang, zu-mal innerhalb der EU keine Einigung ab-sehbar ist. Außerdem möchte die SPD die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen wieder von sieben auf 19 Prozent an-heben. Raffelhüschen übt an der geplan-ten Finanzierung scharfe Kritik. Seite 9

ISSN 0173-8437 125-22

Nominierungen unter: www.bilanz.de/ bewerbung-ki-preis Einsendeschluss: Deutscher 17.06.2019 KI-Preis 2019 Preisgeld 100.000€ Bilanz AIRBUS BMW otto group PRESIGHT MASCHMEYER GROUP

DIE WELT, Axel-Springer-Stroße 65, 10888 Berlin, Redektion: Brieffech 2410 Töglich weltweit in über 130 Ländern Pflichtblint an allen deutschen Wertspeinschessen. Tel. 030 / 2,59 10 Fex 030 / 2,59 17 8.06 E-Mail redektion@welt.d Axazágen 200; 28,59 0 Fex 030; 26,58 91 E-Mail arazejen@welt.de Kundenservice DIE WELT, Brieffoch 2440, 1086/ Berlin Tel. 0800 / 935 83 37 Fex 0800 / 935 87 37 E-Mail kundenservice@welt.de

A 3,50 € / B 3,50 € / CH 5,00 CHF / CZ 97 CZK / CY 3,50 € / DK 27 DKK / E 3,50 € / LC. 3,50 € / F 3,70 € / GB 3,50 GBP / GR 3,60 € / I 3,70 € / L 3,50 € / MLT 3,50 € / NL 3,60 € / P 3,50 € (Cont.) / PL 16 PLN / SK 3,40 €

4190710002704